



## Wahlprüfsteine 2017

### des Trägerkreis Rüstungskonversion Jena und der Initiative für einen Thüringer Rüstungskonversionsfonds

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 24.09.2017 baten wir die Direktkandidaten der Parteien CDU, DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP uns ihre Position zu folgenden Fragen darzustellen:

1. Wie stehen Sie zur geforderten Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsproduktes?
2. Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten in Spannungsregionen und in Staaten, die Menschenrechte verletzen?
3. Sind Sie bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten?
4. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Firmen, die Rüstungsgüter produzieren, Anreize bekommen, auf zivile Produktion umzustellen?

---

Es antwortet:

#### **Antje Tillmann, MdB, CDU/CSU, Wahlkreis 193**

##### **Für eine solide Finanzierung unserer äußeren Sicherheit**

Damit die Bundeswehr ihren Aufgaben gewachsen ist und die Soldatinnen und Soldaten die Ausrüstung und die Arbeitsbedingungen erhalten, die sie brauchen, haben wir auf Grundlage des neuen Weißbuches der Bundesregierung von 2016 eine Trendwende eingeleitet. Zentral für die wachsende Bundeswehr ist die „Trendwende Finanzen“. Wie auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales vereinbart, wollen wir unsere Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahre 2024 schrittweise in Richtung 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Dieser Beschluss dient unserer eigenen Sicherheit vor Gefährdungen von außen. Er wurde vom Bündnis einstimmig und mit dem damaligen US-Präsidenten Obama gefasst und seinerzeit von der gesamten Bundesregierung, von CDU, CSU und SPD, mitgetragen. Seine Umsetzung ist auch eine Frage der Verlässlichkeit.

##### **Für eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik**

CDU und CSU streben außenpolitisch eine Situation an, in der kriegerische Auseinandersetzungen zurückgedrängt und durch politische Lösungen auf dem Verhandlungswege ersetzt werden. Leider sind wir von einer Welt, in der allein Verhandlungen Konflikte lösen, noch weit entfernt.

Unter diesen Bedingungen kann auch der Einsatz militärischer Mittel erforderlich sein, um Sicherheit zu schaffen, die Menschenrechte zu schützen und Terrorismus zu bekämpfen. Hierbei arbeitet Deutschland eng mit Partnern - etwa in der NATO und der EU - zusammen. Solche Sicherheitspartnerschaften beruhen auf Gegenseitigkeit. Dass bedeutet auch, dass man sich gegenseitig Verteidigungstechnologien -also auch verschiedene Waffen -nutzbar macht.

Es gibt auch Kooperationen, die über den Bereich der NATO oder der EU hinausgehen. Die Lieferung von Waffen an die Peschmerga half und hilft im Kampf gegen den IS und konnte vielen Jesiden und anderen Menschen das Leben retten. Es ergibt ebenfalls Sinn, Sicherheitskräfte, die in Afghanistan oder Mali von der Bundeswehr im Kampf gegen den Terror ausgebildet werden, auch mit deutschen Waffen auszustatten. Darüber hinaus gelten für Drittstaaten strengste Waffenexportregeln.

Rüstungsexporte sind immer ein schmaler Grat. Es besteht die Gefahr, dass Waffen in die falschen Hände geraten. Die Exportpolitik der Bundesregierung ist glücklicherweise bereits sehr restriktiv und verantwortungsvoll. Durch den Bundessicherheitsrat haben wir ein effektives Kontrollgremium.



Eine Art Prämie für Unternehmen, die ihre Produktion von Rüstungsgütern auf zivile Produkte umstellen ist nicht geplant und ich halte diese auch nicht für sinnvoll.

## **Unsere Politik für eine stärkere zivile Friedensförderung**

Am 14. Juni 2017 hat die unionsgeführte Bundesregierung die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ verabschiedet. Dort bekennt sie sich zu den eigenen Instrumenten der Zivilen Friedensförderung, wie den zivilen Friedensdienst, aber auch entsprechenden Programmen der EU, der VN und anderer internationaler Organisationen. CDU und CSU unterstützen insbesondere, dass sich unser Land für die Weiterentwicklung der Instrumente der Krisen- und Konfliktprävention der VN und ihrer Sonderorganisationen im Rahmen des Sustaining Peace-Konzepts von Sicherheitsrat und Generalversammlung engagiert und die Modernisierung und Effizienzsteigerung des Peacekeeping unterstützt. Wir wollen, dass Deutschland bereit ist, sich verstärkt in friedenserhaltenden Missionen der VN zu engagieren.

*(Ungekürzte Antwort vom 23.08.2017)*